

INJEKTION

CAMPUSMAGAZIN · SONDERAUSGABE · JUNI 2007



1635 BOYKOTT CAMPUS ab 16 Uhr 24.05. FEST

BOYKOTT für Bildung



AM 8. JUNI LÄUFT DIE FRIST AB. Bis dahin besteht die letzte Gelegenheit, gegen die Einführung der Studiengebühren an der Universität Hamburg zu kämpfen. Warum boykottieren nicht jetzt schon viel mehr Studenten die Gebühren? Wo sind all die empörten Lernwilligen hin, die noch vor kurzem »Bildung für alle und zwar umsonst« forderten?

Einige scheinen zu große Angst vor den Folgen des Boykottierens zu

haben – was angesichts der massiven Drohgebärden seitens der Uni verständlich ist. Andere wiederum glauben sowieso nicht daran, dass ein Boykott etwas an der Entscheidung des Senats ändern könnte. Und ein paar Studenten interessieren sich für den Boykott wahrscheinlich deshalb nicht, weil Mami oder Papi die Gebühren schon bezahlen werden.

Mit dieser kleinen INJEKTION-Sonderausgabe wollen wir all die Ängstlichen, Resignierten und Unsolidarischen dazu motivieren, sich am Boykott zu beteiligen. Wir möchten euch zeigen, dass wenig passieren kann, wenn ihr daran teilnehmt – egal ob der Boykott erfolgreich ist, also ein Quorum von 10.000 Teilnehmern erreicht wird, oder nicht. Dafür haben wir recherchiert, Informationen zusammengetragen und Verantwortliche interviewt.

Wir möchten auch optimistisch stimmen und alle, die sich selbst und ihre Kommilitonen für ohnmächtig halten, daran erinnern, dass wir gemeinsam stark sind. Das ist unsere Überzeugung. Beteiligen sich genügend Studenten am Boykott, wird der Senat uns gemeinsam als Verhandlungspartner akzeptieren müssen. Jeder Student, der boykottiert, setzt ein Zeichen. Auch ein Zeichen der Solidarität. Nur auf diesem Wege kann noch demonstriert werden, dass universitäre Bildung nicht sozial selektiv sein darf – und deswegen umsonst sein muss.

Die Redaktion

REDAKTION@INJEKTION-ONLINE.DE



Boycott or not?

Eine knappe Woche bevor die Einzahlungsfrist für Studiengebühren an der Hamburger Universität endet, steht weiterhin eine Frage im Raum: Wie groß ist die Gefahr, exmatrikuliert zu werden? Je näher das Ende der Frist rückt, desto mehr machen sich Gerüchte und Unsicherheit breit. Wir haben diejenigen gefragt, die die Sachlage eigentlich kennen müssten: die Wissenschaftsbehörde, die Universitätsleitung und den Rechtsanwalt Martin Klingner, der das Treuhandkonto der Boykott-Aktivist*innen verwaltet.

DER STICHTAG für einen erfolgreichen Boykott ist der 8. Juni. Bis dahin müssen mindestens 10.000 Student*innen die Studiengebühren statt an die Universität auf das Treuhandkonto überwiesen haben. Andernfalls wird das bereits eingezahlte Geld an die Universität weitergeleitet; der Boykott ist gescheitert. Kommt das Quorum aber zustande, muss sich die Universitätsleitung am 15. Juni entscheiden, wie sie mit den 10.000 Student*innen verfährt, die sich weigern zu zahlen.

Bei der Frage, ob dann eine sofortige Massenexmatrikulation der Boykottteilnehmer möglich sei, berufen sich alle Parteien auf denselben Paragraphen des Hamburgischen Hochschulgesetzes, legen diesen jedoch unterschiedlich aus. Im Gesetz steht: »Studierende sind zu exmatrikulieren, wenn sie [...] bis zum Ablauf der Rückmeldefrist von Ihnen zu entrichtende fällige Beiträge oder Gebühren nicht gezahlt haben.« (Hamburgisches Hochschulgesetz § 42, Absatz 2, Satz 5). Für die Wissenschaftsbehörde ist nach Auskunft einer Sprecherin klar, was der Gesetzgeber damit zahlungswilligen Student*innen androht: die harte Tour. Die Universitätsleitung teilt diese Meinung. Ganz so eindeutig ist die Lage jedoch nicht – denn laut Gesetzestext hätten die Studiengebühren für das Sommersemester eigentlich bis zum Ende der Rückmeldefrist gezahlt werden müssen – also schon zum 31. März. Doch die Universität hat den Zahlungstermin auf den 15. Juni verlegt; Gebührenbescheide wurden erst im

April verschickt. Die Fristverlängerung beruht laut Büro des Uni-Vizepräsidenten Holger Fischer auf Kulanz der Universität: »Die Verlegung des Zahlungstermins ist ein Entgegenkommen gegenüber den Student*innen, damit sie die Möglichkeit haben, mit ihren Semesterunterlagen ein Hamburger Studiendarlehen zu beantragen.« Gerade diese besondere Situation in Hamburg könnte der Universität laut Rechtsanwältin Martin Klingner zum Verhängnis werden, denn der neue Fristtermin am 15. Juni ist im Gesetz nicht ausdrücklich festgelegt. Selbst die Wissenschaftsbehörde gibt zu, dass unterschiedliche Jurist*innen in dieser Frage zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen könnten. Anwältin Klingner jedenfalls hält es für ausgeschlossen, dass Student*innen rückwirkend, also während des laufenden Semesters, exmatrikuliert werden: »Das ist der erste Schutz für alle, die sich am Boykott beteiligen.« Die Rückmeldefrist für das Wintersemester endet am 30. September – frühestens dann könne eine Exmatrikulation auf Basis des Gesetzes erfolgen, sagt Klingner. Bis dahin können Student*innen, denen das Risiko zu groß erscheint, jederzeit ihr Geld vom Treuhandkonto zurückziehen und an die Uni überweisen.

»Eine Massenexmatrikulation würde einen enormen Imageverlust für die Uni bedeuten.«

Doch gerade in der Zeitspanne zwischen 15. Juni und 30. September, so der Anwältin, werde aus der juristischen eine politische Angelegenheit. Gesetze existieren schließlich nicht per se, sondern werden von Politikern verabschiedet und sind folglich veränderbar. Wenn sich tatsächlich 10.000 Student*innen am Boykott beteiligen, wird das Gesetz, das deren Exmatrikulation vorsieht, zum öffentlichen Thema – und damit wieder verhandelbar. Klingner betont: »Eine Exmatrikulation von 10.000 Student*innen würde einen enormen Prestigeverlust für die Universität Hamburg bedeuten, den der Senat nicht hinnehmen könnte. Er muss dann einlenken.«

MARIA KIRADY, FRANZISKA SILBERMANN, CAROLIN WIEDEMANN

MITARBEIT: JON MENDRALA

»Die Sorgen sind unberechtigt«

Endspurt: Die heiße Phase des geplanten Gebührenboykotts hat begonnen. Noch bis zum 8. Juni bleibt Zeit, um die Gebühren nicht an die Uni, sondern auf ein Treuhandkonto zu überweisen und so den Boykott zu unterstützen.

Wir haben mit dem BOYKOTT-AKTIVISTEN Florian Muhl (23) gesprochen: Er verrät, warum er es für ungefährlich hält, am Boykott teilzunehmen.

Am Infostand im Philtrum sprichst du täglich mit Studenten über den geplanten Boykott. Warum zögern viele noch, auf das Boykottkonto einzuzahlen?

Florian: Manche Kommilitonen fragen sich, wie sicher das Treuhandkonto ist – also ob sich der Anwalt, der das Konto verwaltet, nicht einfach mit dem Geld auf die Malediven absetzt. Diese Sorgen sind absolut unberechtigt: Der Anwalt ist als Treuhänder durch die Geschäftsbedingungen rechtlich gebunden und würde sich haftbar machen, wenn etwas mit dem Geld passiert. Außerdem garantieren wir jedem Boykott-Teilnehmer, dass er die Kontrolle über sein Geld behält: Er kann es jederzeit zurückfordern – oder veranlassen, dass es an die Uni weitergeleitet wird.

Viele Studenten befürchten, bei einer Boykott-Teilnahme von der Uni exmatrikuliert zu werden. Ihr seid zuversichtlich, dass es nicht dazu kommen wird. Was macht euch so sicher?

Das hoch angesetzte Quorum gibt uns diese Sicherheit: Es wird erst dann boykottiert, wenn 10.000 Personen auf das Treuhandkonto überwiesen haben – also knapp ein Viertel aller Hamburger Studenten. Ansonsten wird das Geld vom Konto an die Uni weitergeleitet. Wichtig ist: Die Uni muss diese große Gruppe von Studenten wie eine Person behandeln: Keinesfalls kann sie selektiv einzelne Studenten exmatrikulieren, um Druck auf die Verbleibenden auszuüben. Sie müsste also alle 10.000 Personen innerhalb des Semesters rückwirkend exmatrikulieren. Das ist allein aus organisatorischen Gründen unwahrscheinlich; es wäre ein zu hoher Verwaltungsaufwand. Auch ökonomische Gründe sprechen gegen eine solche Zwangs-Exmatrikulation – die außerdem ein deutschlandweiter politischer Skandal wäre.

Welches Szenario haltet ihr stattdessen für denkbar?

Eine Möglichkeit wäre, dass die Uni den boykottierenden Studenten die Rückmeldung zum Wintersemester verweigert. Der Rechtsanwalt Martin Klinger geht aber davon aus, dass diese Drohung, wenn überhaupt, erst Ende Oktober realistisch werden könnte. Wir hätten nach dem Ende des Einzahlungsschlusses also ein Zeitfenster von weit über drei Monaten, um mit der Uni zu verhandeln.

Was werdet ihr fordern, sollte es zu Verhandlungen kommen?

Ziel ist es, das Gesetz abzuschaffen, das die Zahlung von Studiengebühren festlegt. Dadurch würde das Studium an der Uni Hamburg gebührenfrei bleiben. Der Boykott wäre also erfolgreich, wenn alle Studenten – auch diejenigen, die keine Gebühren bezahlt haben – immatrikuliert bleiben und niemand durch die Boykott-Teilnahme Nachteile hat.

Und woher erfahren die Boykott-Teilnehmer, wie weit die Verhandlungen sind?

Aktuelle Informationen werden täglich auf die Homepages www.izshamburg.de und www.gebuehrenboykott.de gestellt. Sollte es zum Boykott kommen, werden sicherlich auch die Hamburger Zeitungen darüber berichten

Kann sich jeder einzelne Boykott-Teilnehmer aktiv an den Verhandlungen beteiligen?

Alle grundlegenden Entscheidungen werden immer in Abstimmung mit den Boykottierenden getroffen werden. Dafür wird es Vollversammlungen geben; dort kann sich jeder in die Diskussion einbringen.

Bist du mit der aktuellen Zahl der Überweisungen auf das Treuhandkonto zufrieden?

Ich würde es auf jeden Fall als Erfolg werten. Dennoch ruhen wir uns nicht aus, sondern mobilisieren weiter. Bei der HAW verlief der Boykott übrigens ähnlich: Erst gab es nur wenige Einzahlungen, dann stieg ihre Zahl rasant an. Alleine in der letzten Woche verdoppelte sich der Einzahlungsstand. Viele überweisen eben erst auf den letzten Drücker. Wir sind optimistisch, dass sich auch bei uns die Zahl der Einzahlungen noch rapide steigern wird. Die Stimmung ist gut; die Kugel ist nun wirklich ins Rollen gekommen. FRANZISKA SILBERMANN

Drägers Albtraum

Grottenschlechte Noten für die Hochschulpolitik, eine zunehmend autoritäre Universität, schlechte Presse: Bildung in Hamburg wird endlich wieder zum Politikum. Gelingt nun der Gebührenboykott, wird es eng für die Radikalreformer im Rathaus. Ein Kommentar.

WIE LANGE kann sich Hamburg eine verfehlt Hochschulpolitik noch leisten? Der strahlende und stets offensiv auftretende Jörg Dräger der letzten Jahre scheint bereits heute der Vergangenheit anzugehören. Viel hört man nicht mehr von dem smarten Reformers, der einst antrat, die deutsche Bildungsmisere zu beenden. 5.000 Professoren und Bildungsexperten stellten Senator Dräger in einer Umfrage des Hochschulverbands jüngst ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: Mit der Durchschnittsnote 5,0 landete er auf dem letzten Platz, hinter allen anderen Bildungsministern. Hinzu kommt eine Uni-Präsidentin, die ihren Professoren erst den Mund verbieten möchte (»Maulkorberlass«), um dann nach großem Protest auf Tauchstation zu gehen. Dass Monika Auweter-Kurtz eine ausgewiesene Befürworterin von Studiengebühren ist, versteht sich von selbst. Fakt ist, dass sich der Hamburger Senat immer mehr aus seiner Verantwortung zurückzieht und die Uni – mit dem Rotstift in der Hand – in den Würgegriff nimmt. Ein unsinniger Studienplatzabbau wird durch die unsoziale Einführung allgemeiner Studiengebühren beschleunigt. Die vielbeschworene Transformation Deutschlands in eine Wissensgesellschaft verkommt zunehmend zum schlechten Scherz.

Vor dem Hintergrund dieser Fehlentwicklungen kommt dem Gebührenboykott eine entscheidende Rolle zu. Wenn eine große Zahl von Studenten die Zahlung verweigert, würde sich der mediale Blick letztendlich auf das Innere der Hochschulen richten – und da rumort es gewaltig. Eine Mehrheit von Dozenten lehnt Studiengebühren ab und fühlt sich von der Politik übergangen. Der zunehmende Spardruck vor dem Hintergrund allgemeiner Unterfinanzierung würde ebenso

ins öffentliche Blickfeld geraten wie die hilflos anmutenden Konzepte der Polit-Strategen. Am Ende könnte es sehr einsam werden um Jörg Dräger, Vordenker und Chef-Netzwerker unter den Gebührenbefürwortern in Deutschland. Die Hamburger Bürgerschaftswahl 2008 könnte die Wende markieren. Eine Utopie, zugegeben, doch sicher kein reines Wunschdenken – falls wir Studenten nun an einem Strang ziehen und der Senatspolitik die rote Karte zeigen. Ablehnung heißt in diesem Sinne die generelle Ablehnung allgemeiner Studiengebühren und nicht die bloße Beschränkung auf punktuellen Widerstand etwa durch das Mittel der Musterklagen. Diese mögen die Zahl der von Studiengebühren Befreiten erhöhen, sie ändern jedoch nichts an der grundsätzlichen Problematik: dem unsozialen Charakter der Gebühren sowie ihrer abschreckenden Wirkung auf sozial schwächer Gestellte.

Die Uni knallt mit der Peitsche und vertraut auf die Obrigkeitshörigkeit der Studenten

Die entscheidende Frage ist: Werden am 8. Juni tatsächlich 10.000 Studenten ihre Studiengebühren an Boykott-Anwalt Martin Klingner überwiesen haben? Das Uni-Präsidium und die Behörde für Wissenschaft glauben offenbar, dass sie es sich leisten können, hierzu nicht mehr zu sagen als unbedingt notwendig. Dabei halten sie natürlich an ihrem geläufigen Mantra fest, das sich wie folgt übersetzen lässt: Wenn Studierende nicht zahlen, werden sie dem Gesetz entsprechend exmatrikuliert – egal, ob es sich um zehn oder 10.000 handelt. Man knallt mit der Peitsche und vertraut auf die Obrigkeitshörigkeit der Studenten.

Im Übrigen gehen Präsidium und Behörde – wie sollte es anders sein – demonstrativ davon aus, dass es nicht zum Boykott kommen wird. Und wenn doch? Wie und auf welcher Grundlage genau soll dann vorgegangen werden? Dass das Quorum erreicht wird, so lässt man einsilbig verlauten, sei doch völlig unwahrscheinlich – zu derart hypothetischen Szenarien werde man sich nicht äußern. ▶



(Fortsetzung) Bislang sind die Boykott-Verantwortlichen noch weit davon entfernt, ihr Ziel zu erreichen. Klar ist jedoch auch, dass viele Studenten das Geld aus naheliegenden Gründen erst kurz vor Ende der Frist überweisen werden – sei es an die Uni oder auf das Treuhandkonto.

Insofern dürfte auch dem Uni-Präsidium und der Behörde für Wissenschaft klar sein, dass die Sache noch nicht ausgesetzt ist. Deren Wortkargheit in Sachen Exmatrikulation lässt sich auch als Unsicherheit interpretieren. In der Tat wäre es wirtschaftlich heikel und für das politische Image geradezu ein Desaster, auf einen Schlag ein Viertel aller Studenten

zu verlieren. Eine Massenexmatrikulation wäre ein nationales Politikum. Die Folge wären Grabenkämpfe, die keine Landesregierung unbeschadet überstehen kann. Einziger Ausweg wäre ein Kompromiss; denkbar ist eine Gesetzesänderung zum nächsten Semester. Die Studiengebühren für dieses Semester, welche bereits leichtfertig verplant wurden, könnten im Gegenzug einmalig an die Behörde überwiesen werden.

So würde der Unsinn »Allgemeine Studiengebühren« zu den Akten gelegt werden – als einmaliger Ausrutscher.

DOMINIK BETZ, ROBERT DITTMAR

IMPRESSUM

INJEKTION.CAMPUSMAGAZIN – Sonderausgabe

INJEKTION.CAMPUSMAGAZIN

Allende-Platz 1 · 20146 Hamburg · Tel./Fax (040) 414 298 81 · redaktion@injektion-online.de · www.injektion-online.de

REDAKTION: Dominik Betz, Florian Diekmann, Robert Dittmar, Maria Kirady, Mirko Marquardt, Jon Mendrala (v.i.S.d.P.), Franziska Silbermann, Carolin Wiedemann

LAYOUT: Mirko Marquardt · FOTOS: Dominik Betz · AUFLAGE: 5.000 Exemplare